

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.20 Einlagen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellungs-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonial-Zeile 60 Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Dreh. Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Hohe Löhne — technische Fortschritte.

Die Forderungen der Arbeiterschaft nach Gewährung höherer Löhne stoßen gewöhnlich nicht nur bei den jeweils in Frage kommenden Unternehmern auf Widerstand, sondern werden, allgemein betrachtet, auch von Personen bekämpft, die direkt wenig oder gar nicht daran interessiert sind. Sie betrachten die Löhne unter dem Gesichtswinkel des Einflusses auf die Produktionskosten und auf die Konkurrenzfähigkeit mit den gleichartigen Industrien im Ausland. Sie sagen nicht mit Unrecht: je billiger produziert wird, desto größer ist der Absatz, desto eher ist man in der Lage, sich mit der ausländischen Konkurrenz messen zu können. Nur übersehen die meisten Befürworter dieses an sich richtigen Standpunktes, daß hohe Löhne und teure Produktion ebenso wenig wie niedrige Löhne und billige Produktion immer einander bedingen. Die Erfahrung hat im Gegenteil gelehrt, daß in Ländern, wo die Arbeiterschaft stark ist und sich höhere Löhne erkämpfen konnte, auch die Industrie einen gewaltigen Aufschwung genommen hat. Amerika, Großbritannien und Deutschland sind Staaten, in denen sich die Arbeiter durch ihre Organisationen einen verhältnismäßig großen Einfluß auf die Gestaltung der Löhne und Arbeitsbedingungen verschafft haben. Dort sind die Löhne höher als zum Beispiel in Frankreich, Italien, Belgien und Japan. Auch die Arbeitszeit ist in jenen Ländern eine kürzere als in den letzteren. Und trotzdem sehen wir, daß gerade dort die Industrie in bester Blüte steht.

Frägt man sich nun, wie das scheinbar Unmögliche möglich geworden ist, wird man das folgendermaßen beantwortet finden. In den Ländern, wo die höchsten Löhne gezahlt werden, sind die Fabrikanten gezwungen, die billigste Herstellungsweise anzuwenden. Sie müssen sich umsehen, für den augenblicklichen Nachteil, der ihnen durch die Zahlung höherer Löhne erwächst, einen Ausgleich zu suchen. In erster Linie werden sie danach trachten, durch Einführung arbeitssparender Maschinen einen Teil der menschlichen Arbeitskraft überflüssig zu machen. Dann werden vereinfachte Arbeitsmethoden erfinden, um die Arbeit schneller vorantreiben zu lassen (Arbeitsleistung, technische Hilfsmittel). Aber auch der Arbeiter selbst, der infolge der höheren Löhne, kürzerer Arbeitszeit und besserer Lebensweise eine höhere technische Bildung sich aneignen vermag, und lebensfreudiger ist, kann mehr aus sich herausholen als sein jähesch entlohnter, immer müder und stumpfsinniger Klassengenosse.

Man kann zwar eingewendet werden: was nützen dem Arbeiter die hohen Löhne und die kürzere Arbeitszeit, wenn er anderseits dann durch die Maschinen verdrängt wird und intensiver arbeiten muß. Dieser Einwand ist jedoch nicht mehr zeitgemäß. Die Einführung von Maschinen bedeutet noch nicht die Ausschaltung der menschlichen Arbeitskraft aus dem Produktionsprozeß, sondern läßt nur eine Verschiebung eintreten. Die Hände, die an der einen Stelle durch Einführung von Maschinen frei werden, können an einer andern Stelle sich nützlich machen. Für den einzelnen Arbeiter kann diese Umformung unter Umständen schmerzvoll sein, sei es, daß er sich einer neuen Tätigkeit nicht leicht anpassen vermag, oder sei es, daß er infolge unfruchtbarer unvollkommener Wirtschaftsweise eine Zeitlang ohne Arbeit bleibt. Jedoch veranlassen auch diese unerfreulichen Nebenwirkungen heute keinen aufgekärten Arbeiter mehr, in der Maschine einen Feind zu erblicken, dessen Eindringen mit allen Mitteln abgewehrt werden muß.

Ebenso verhält es sich mit der Intensität der Arbeit. Der Arbeiter, der unter günstigen Bedingungen schafft, bringt naturgemäß eine größere Arbeitsfreudigkeit auf als derjenige, der mit seinem Los unzufrieden ist, sein Glend vielleicht gar im Alkohol zu erlösen sucht. Wer die heutigen Verhältnisse mit den früheren vergleicht, wird finden, daß an den Arbeitsstellen, wo einigermaßen günstige Verhältnisse herrschen, der Schnapsgenuß ganz oder wenigstens fast gänzlich vermieden wird. Gute Ernährung und Aussicht auf frühen Arbeitslohn mit nachfolgendem Genuß einiger freier, der eigenen Person oder der Familie zur Verfügung stehender Stunden steigern die Arbeitskraft, und wir sehen, daß heute von manchem Arbeiter in 9 Stunden mehr geschafft wird als früher in 12—14 Stunden.

Höhere Löhne steigern auch die Kaufkraft des Arbeiters. Mit dem steigenden Lohn und der vermehrten freien Zeit steigen seine Bedürfnisse. Er gibt Geld aus und beschäftigt dadurch wieder andere Arbeiter. Er sucht zwar auch billig zu kaufen, aber er will dies nicht auf Kosten schlecht entlohnter Klassengenossen, die noch an zurückgebliebenen Produktionsmethoden haften. So werden die Erzeugnisse jener Länder bevorzugt, die mit Hilfe der besten technischen Einrichtungen trotz guter Entlohnung ihrer Arbeiter am besten und billigsten zu produzieren verstehen. Ebenso finden auch die Erzeugnisse des eigenen Landes, weil technisch auf der Höhe stehend, in den andern Ländern erhöhte Wertschätzung.

Der beste Beweis für diese Wechselwirkung ist der Handelsverkehr, der zwischen den drei erstgenannten Ländern Amerika, Großbritannien und Deutschland vor dem Krieg am stärksten war, sowohl in der Einfuhr wie in der Ausfuhr. Das Land, in dem die Lage der Arbeiter sich verschlechtern würde, könnte damit rechnen, von andern Ländern auf dem Weltmarkt in den Hintergrund gedrängt zu werden. An der Spitze marschieren immer nur die Länder mit den vollendetsten technischen Produktionsmethoden. Nach dem Vorhergesagten werden diese gefördert durch

steigende Arbeitslöhne. Höhere Löhne bedingen also einen schnelleren technischen Fortschritt.

Zu dieser Erkenntnis kommen nun auch schon der Arbeiterklasse fernstehende Personen. Im „Vorwärts“ (Nr. 211 vom 3. August 1916) wird aus einem Artikel der englischen Zeitung „Daily Express“ eine bürgerliche Stimme wiedergegeben, die es begrüßt, daß die Löhne durch den Krieg gestiegen sind und daß keine Aussicht vorhanden ist, daß sie nach dem Krieg zu den früheren niedrigen Werten zurückkehren. Als Beispiele für die Auffassung, daß bei besseren Löhnen doch billiger produziert werden kann, führt der Verfasser, Sir Leo Chiozza Money, folgende an. Er schreibt:

„Vor dem Kriege war das englische Auto ein teurer Artikel, das amerikanische dagegen billig, und doch wurde letzteres von einem schlecht, letzteres von einem gut bezahlten Arbeiter hergestellt, der doppelt soviel verdiente wie der englische. Dasselbe ist der Fall bei Wasserrohren; Amerika produziert besser und billiger als England. Wenn der Krieg zu Ende ist, müssen die Arbeiter Löhne erhalten, die sie überzeugen, daß eine möglichst große Produktion in ihrem eigenen sowohl wie im Interesse der Nation liegt.“

„Aber nicht nur in der Industrie“, so fährt der Verfasser fort, „sondern auch in der Landwirtschaft sind hohe Löhne nur von Vorteil. In den Teilen Englands, wo die niedrigsten Löhne gezahlt werden, ist die Produktion am geringsten. Die Einführung von Mindestlöhnen wird für die Landwirtschaft nur von Nutzen sein.“

Diese Lehre, die der Freund der englischen Industrie und Landwirtschaft aus dem Krieg gezogen hat, dürfte auch für unsere deutschen Unternehmer von Nutzen sein. Bei einiger Ueberlegung und Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse in allen Ländern, die zu Vergleichen herausfordern, werden sie finden, daß ihre Abneigung gegen hohe Arbeitslöhne ihrem eigenen Interesse widerspricht.

Verbandsunterstützung und Krankengeld.

Im Jahre 1914 hatte die Betriebskrankenkasse der Stärke- und Sirupfabriken vorm. A. Scholten, jetzt Aktiengesellschaft, in Brandenburg a. S. dem Arbeiter L. S., einem Mitglied des Verbandes der Fabrikarbeiter, die vom Verband bezogene Krankensunterstützung auf das von der Kasse gezahlte Krankengeld insoweit angerechnet, als beide Unterstützungen zusammen den Verdienst des S. überstiegen. S. klagte auf Auszahlung des angerechneten Betrags, wurde aber von allen angerufenen Instanzen, zuletzt auch vom Reichsversicherungsamt, mit seinen Ansprüchen abgewiesen.

Die Kasse stützte sich bei der Anrechnung der Verbandsunterstützung auf den § 189 der Reichsversicherungsordnung, der folgendes bestimmt:

„Erhält ein Versicherter Krankengeld gleichzeitig aus einer andern Versicherung, so hat die Krankenkasse ihre Leistung so weit zu kürzen, daß das gesamte Krankengeld des Mitgliedes den Durchschnittsbetrag seines durchschnittlichen Arbeitsverdienstes nicht übersteigt. Die Säzung kann die Kürzung ganz oder teilweise ausschließen.“

Der klagende Kollege berief sich darauf, daß ihm auf die Verbandsunterstützung kein Rechtsanspruch zustehe, daß der Verband auch keine Versicherung im Sinne dieses Paragraphen sei. Das Reichsversicherungsamt lehnte den Anspruch des Klägers ab, indem es aus der Entstehungsgeschichte des § 189 folgerte, der Wille der gesetzgebenden Organe und des Reichs sei schließlich ganz unzweifelhaft dahin gegangen, daß ein Rechtsanspruch auf das andre Krankengeld nicht erforderlich sei. Der § 189 der Reichsversicherungsordnung wolle verhindern, daß Versicherte während der Arbeitsunfähigkeit besser gestellt sind als in gefundenen Lagen. Wenn auch kein Rechtsanspruch auf Erwerbslosenunterstützung nach dem Statut des Verbandes der Fabrikarbeiter den Mitgliedern zustehe, so stehe ihnen doch ein gewisser tatsächlicher Anspruch auf sie zu. Die Voraussetzung für die Gewährung wie für Verbandsunterstützung sei in der Säzung genau bestimmt, es sei auch mehrfach von einem Anspruch auf Unterstützung die Rede. Demnach habe die Kasse das Recht gehabt, dem Kläger das Krankengeld um den Betrag zu kürzen, den er als Erwerbslosenunterstützung von dem Verbands erhalten hatte.

Diese Entscheidung hat bei den Gewerkschaften nicht nur lebhaften Widerspruch ausgelöst, sondern auch zu Erwägungen Anlaß gegeben, ob und wie die Gewerkschaften einer solchen Entlastung der Krankenkassen auf Kosten der Gewerkschaften entgegenzutreten könnten. Ein bewährter, sachkundiger Mitarbeiter unseres Blattes empfahl sofort nach Bekanntwerden des Falles (S. Nr. 8 des „Prolet.“ v. Jahrg. 1915), in die Statuten der Gewerkschaften eine Bestimmung aufzunehmen, die den Verbänden das Recht gibt, die Krankensunterstützung um den Betrag zu kürzen, um den sie, zusammen mit dem aus der Zwangskasse erhaltenen Betrag, den Arbeitsverdienst vor der Erkrankung übersteigt. Behält sich der Verband dieses Recht vor, so kann die Krankenkasse ihrerseits Abzüge nicht vornehmen. Unser Mitarbeiter stützte seine Auffassung mit dem Hinweis auf die bekanntesten Kommentatoren der

Reichsversicherungsordnung. So schreibt v. Frankenberg, R.-V.-D. Band 2, Seite 72:

„Hat sich die andre Kasse das Vorrecht der Kürzung gesichert, dann muß volle Leistung erfolgen.“
Geh. Oberregierungsrat Hoffmann, R.-V.-D. Band 2, Seite 192:

„Die Krankenkasse kann die Kürzung nur vornehmen, wenn nach der Säzung der andern Krankenkasse auch bei Doppelversicherung der Betrag des Krankengeldes ungelürzt gezahlt wird. Bei den Erbschaften findet sich in der Säzung in der Regel die Bestimmung, daß die Mitglieder Anspruch auf Krankengeld nur bis zu einer Grenze haben sollen, welche die Kürzung des Krankengeldes durch die Krankenkasse ausschließt, so daß die Krankenkassen immer das volle Krankengeld zahlen müssen.“

Justizrat Sahn, Handbuch der Krankenversicherung, Seite 250:

„Die Kürzung kann auch dadurch ausgeschlossen sein, daß jene andre Versicherungseinrichtung bestimmungsgemäß eine entsprechende Kürzung für sich selbst in Anspruch nimmt; in solchen Fällen „erhält“ eben der Versicherte aus dieser Versicherung kein Krankengeld, welches mit dem aus der Reichsversicherung zusammen den Arbeitsverdienst übersteigt. Damit ist der Anwendung des § 189 der R.-V.-D. der Boden entzogen.“

Es haben sich später mehrere Konferenzen der Verbandsvorstände mit der Angelegenheit beschäftigt. Dort wurde der im „Proletarier“ gemachte Vorschlag als die einfachste und sicherste Lösung der Frage anerkannt, nachdem Bemühungen, eine solche auf einer ganz andern Basis zu finden, gescheitert waren. Da jedoch in der Kriegszeit nur wenige Verbände ihre Generalversammlungen abhalten und Statutenänderungen fast gar nicht vorgenommen werden, dürfte praktisch noch wenig in der angezeichneten Richtung getan sein.

Nun hat plötzlich das Reichsversicherungsamt die Frage neu aufgerollt. In einer Bekanntmachung, die vom 28. Juli d. J. datiert ist und Ausführungsbestimmungen zu den §§ 573 und 577 der Reichsversicherungsordnung enthält, die den Krankengeldbezug der bei Unfällen Verletzten regeln, wird auch folgendes bestimmt:

„Erhält ein Verletzter gleichzeitig Krankengeld aus einer andern Versicherung, so hat die Krankenkasse ihre Leistung so weit zu kürzen, daß das gesamte Krankengeld des Mitgliedes den Durchschnittsbetrag seines täglichen Arbeitsverdienstes nicht übersteigt, es sei denn, daß die Säzung die Kürzung nach § 189 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung ganz oder teilweise ausgeschlossen hat.“

Die Kürzung des Krankengeldes setzt nicht voraus, daß der Verletzte einen Rechtsanspruch auf das Krankengeld aus der andern Versicherung hat.

Damit erhebt das Reichsversicherungsamt sein Urteil in einem speziellen Falle zur allgemeinen Richtschnur. Das wird für viele Klassen, vor allem für Betriebskrankenkassen, ein Anreiz sein, mehr als bisher den Ansprüchen der erkrankten Mitglieder an Gewerkschaftskassen nachzugehen und event. das Krankengeld entsprechend zu kürzen. Der Nachteil für die Gewerkschaftsmitglieder ist ein doppelter: Einmal hüßen sie einen Teil ihres Krankengeldes ein und zum andern erhält der Unternehmer Auskunft über ihre Verbandszugehörigkeit. Die Bekanntmachung des Reichsversicherungsamts wird also die Gewerkschaften wahrscheinlich veranlassen, die Frage nunmehr als brennend zu betrachten und die notwendigen Änderungen in den statutarischen Bestimmungen recht bald vorzunehmen.

Die Arbeiterversicherung und die schwerhörigen Arbeiter.

Wie notwendig für die Arbeiterklasse der weitere Ausbau der Sozialversicherung ist, zeigt sich auch unter andern in der bedauerlichen Lage der schwerhörigen Arbeiter. Es ist nicht jede Art von Schwerhörigkeit heilbar, und für die unheilbar Schwerhörigen ist das Leben eine fortwährende Qual der Entbehrung in geistiger und körperlicher Hinsicht. Veranlaßt uns doch das Ohr durch die Aufnahme der Sprache das menschliche Leben, den Umgang mit unsern Mitmenschen. Es erschließt uns eine der herrlichsten idealen Welten, die Welt der Töne, die mit Macht des Menschen Herz in seinen Tiefen zu erschüttern und zu erfreuen vermag. Zu den unheilbaren Fällen der Schwerhörigkeit zählt insbesondere die „fortschreitende Schwerhörigkeit“ (Otitis chronica = Ohrenentzündung). Die Entstehung dieses Leidens ist in den meisten Fällen auf Erkältungskrankheiten zurückzuführen, demzufolge eine zunehmende Verhaltung der Gehörwerkzeuge eintritt, durch die die Luftleitung unterbrochen wird. Die Schwerhörigkeit nimmt langsam und schleichend zu und erreicht erst nach Jahren einen hohen Grad. Als Begleiterscheinungen treten oft noch Ohrengeräusche wie Glockenläuten, Wasserlaufen usw. hinzu, die diese Kranken zur Verzweiflung treiben können. Einer Besserung des Leidens steht die ärztliche Kunst noch hilflos gegenüber. Schreibt doch selbst Professor Dr. H. Walb (Wonn) im Handbuch der Ohrenheilkunde von Professor D. S. Schwabe:

„Bei keiner Krankheit wird mehr von den Ärzten gesündigt, wie bei der Otosklerose. Wochenlange Kuren mit Kalte- und Luftpumpen, Einschnitte ins Trommelfell, Einprägungen von Medikamenten, Elektrizität: immer dieselbe Leidensgeschichte bei diesen Patienten. Und der Effekt? — Jedenfalls keine Besserung, oft genug eine rapide Verschlimmerung des Leidens. Gewiß ist, daß für die Otosklerose kein Heilmittel gefunden worden ist, auch kein operatives.“

Der gesundheitsvernichtende Krieg wird nun auch das Heer der unheilbar schwerhörigen Arbeiter bedeutend vermehren. Insbesondere die Erhaltungskrankheiten im Felde werden noch nach Jahren zur unheilbaren Schwerhörigkeit führen. Um diesen unheilbar Schwerhörigen ihr Leben zu erleichtern, haben einschlägige Firmen unter Zuzugung von Ohrenärzten verstanden, die Elektrizität dem Dienst der Schwerhörigen nutzbar zu machen. Es werden Hörapparate in Gestalt eines kleinen Taschentelephons hergestellt, deren praktische Anwendung ergeben hat, daß sie ein gutes Hilfsmittel darstellen, dem Schwerhörigen den teilweisen Verlust des Gehörs zu ersetzen. Die Preise dieser Apparate sind aber sehr hoch; ein guter, brauchbarer Hörapparat stellt sich auf über 100 Mk. — Da der Durchschnitt der schwerhörigen Arbeiter in der Entlohnung noch schlechter

Schreibungen verwenden. 82 052 Mk. hat dieselbe Firma für Kriegsunterstützungen in Bereitschaft gestellt.

Die ausgezeichnete Rentabilität der Holzstoff- und Pappenfabrication geht auch aus der folgenden Tabelle hervor:

Table with 10 columns: Geschäftsbeschreibung, Aktienkapital, abgesetzte Mengen, Reine Gewinne, Gewinnsbeitrag, Dividenden für 1915, Dividenden für 1914. Includes entries for 'Mit Gewinn gearbeitet' and 'Mit Verlust gearbeitet'.

IV.

Die Bunt-, Chromo- und Lugsuspapierindustrie war vor dem Kriege stark an der Ausfuhr nach den heute mit Deutschland im Kriege befindlichen Staaten interessiert. Einige Großfirmen hatten Filialen in London und andern Großstädten des Auslandes errichtet, über deren Schicksal sie nur zum Teil unterrichtet sind.

Table with 10 columns: Geschäftsbeschreibung, Aktienkapital, abgesetzte Mengen, Reine Gewinne, Gewinnsbeitrag, Dividenden für 1915, Dividenden für 1914. Includes entries for 'Mit Gewinn gearbeitet' and 'Mit Verlust gearbeitet'.

V.

Der Mangel an Textilrohstoffen hat auch der Papiergarnindustrie ein weit verbreitetes Arbeitsgebiet geschaffen. Bis zum Kriegsausbruch glied die Papier-Garnfabrication einem im Verborgenen blühenden Blümlein.

ziemlich jung und ihre Rentabilität noch im Werden begriffen ist, kommt der Dividendenfluß erst vereinzelt zur Geltung. Trotzdem ist es der alten Papiergarnfirma Claiborn in A Dorf im Vogtland gelungen, ihren Reingewinn wesentlich zu steigern und ihren Aktionären eine Dividende von 10 Prozent zu gewähren.

Eine Uebersicht über die Rentabilität der Papiergarn- und Papiermachefabrication gewährt die folgende Tabelle:

Table with 10 columns: Geschäftsbeschreibung, Aktienkapital, abgesetzte Mengen, Reine Gewinne, Gewinnsbeitrag, Dividenden für 1915, Dividenden für 1914. Includes entries for 'Mit Gewinn gearbeitet' and 'Mit Verlust gearbeitet'.

In allen Geschäftszweigen der Papierindustrie, soweit unser Verband zuständig ist, macht sich eine allgemeine Senkung der Wirtschaftslage geltend. Der Uebergang von der Friedens- in die Kriegswirtschaft ist längst überwunden, und schon machen sich Stimmen und Zeichen bemerkbar, die die Vorarbeiten für die kommende Friedensarbeit in Angriff zu nehmen gebieten.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, werden die Unternehmer bestrebt sein, durch Hochhaltung der im Kriege geschmiebelten Einheitlichkeit ihrer Organisationen auch nach dem Kriege noch fester auszubauen zum Schutz gegen Schmutzkonzurrenz, aber auch gegen die zu erwartenden Forderungen der Arbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne usw.

Es hat wohl seine Richtigkeit, daß im Anfang auch bei unsrer Firma sehr kleine Wochenlöhne sich ergeben haben; gegenwärtig sind die Arbeiter aber schon so weit vorgeschritten, daß in der vorigen Woche eine ganze Anzahl von Leuten zwischen 4, 50 und 6 Mark an insgesamt fünf Arbeitstagen verdient haben.

Eine Kritik über eine herartige frivole Ausbeutung erwachsener Arbeiter unter dem Zeichen des Burgfriedens erübrigt sich; sie würde den nächsten Tatbestand nur verschleiern. Für die Arbeiterschaft mag es eine Warnung sein; sie muß schon während der Kriegszeit durch Anschluß an ihre Berufsorganisation, durch beständige Werbung neuer Mitstreiterinnen und Kämpfer dafür sorgen, daß sie jederzeit in der Lage ist, Verschlechterungen ihrer wirtschaftlichen Lage mit aller Entschiedenheit abzuweisen.

Ein Spinnpapiersyndikat in Sicht.

Als bei Ausbruch des Krieges nach dem bekannten Ausspruch aus Wilhelm Tell: 'Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern!' der Grundstein zum heiligen Burgfrieden gelegt wurde, da war die Freude bei manchem Zeitgenossen groß, daß nun endlich der kapitalistische Juhluststaat nahe, in dem die Wirtschaftskämpfe zwischen Kapital und Arbeit beendet, in dem arm und reich die gleichen Leiden und Freuden dieser Welt teilen.

Während so verschiedene Arbeiter den proklamierten Burgfrieden zur Jagd nach dem Dampfer ihrer Mitarbeiter hielten, waren umgekehrt die Unternehmer eifrig tätig, die burgfriedliche Zeit auszunutzen zur Stärkung ihrer wirtschaftlichen Kampforganisationen. Durch eine eifrige Werbearbeit für die Befestigung und durch Gründung neuer Organisationen während des Burgfriedens haben auch die Unternehmer der Papierindustrie gezeigt, daß sie gewillt sind, ihre Interessen möglichst zu vertreten.

hat und deren Leistungsfähigkeit nach dem Kriege noch lange nicht gesichert ist. Dem vor kurzer Zeit gemeldeten Zusammenschluß der Papiergarnfabrikanten soll nun ein Syndikat der Spinnpapierfabrikanten folgen. Nach Mitteilungen der Fachpresse ist am 25. August 1915 in Düsseldorf die 'Westdeutsche Papier-Union, G. m. b. H.', mit einem Kapital von einer Million Mark gegründet worden.

Als Träger des Unternehmens werden die Papierfabrik Meis Holz in Düsseldorf und die bekannte Berliner Papiergarnspinnerei 'Weber' Wilhelm Hartmann u. So. bezeichnet. In dem Aufsichtsrat des Unternehmens befinden sich der Oberbürgermeister Marx in Düsseldorf, Kommerzienrat Fritz Klages von der Reichsholz Papierfabrik, und als Aufsichtsratsvorsitzender Direktor Wilhelm Hartmann von der Berliner Papiergarnspinnerei.

Ein lockendes Angebot.

Der Mangel an gelübten Arbeitskräften wird für die Papierfabrikation immer empfindlicher, je länger der Krieg noch dauert. Durch die Einberufung zum Heeresdienste sind der Industrie die fähigsten und kräftigsten Arbeitskräfte genommen, und die heute noch vorhandenen tüchtigen Facharbeiter sind von den Unternehmern gesuchteste Personalitäten.

Um nun die noch vorhandenen tüchtigen Arbeitskräfte leichter heranzugelien, weisen heute viele Unternehmer in ihren Arbeitsgesuchen auf die 'hohen Löhne' oder auf die 'guten Gehälter' hin, die mit der Ausführung der betreffenden Stelle verknüpft sind.

Ein tüchtiger, energischer Maschinenführer, der sich in allen Zweigen der Kappappenfabrication und im Waschen gut auskennt, speziell auch die Holländeranlagen zu beaufsichtigen imstande ist, wird als Werkführer bei gutem Gehalt abgelehrt.

Mehr Schutz den Jugendlichen!

Kürzlich gingen uns an einem Tage aus einem Orte die folgenden Meldungen zu:

Ein 16-jähriger Arbeiter aus Blankenstein (Meuß) geriet in Viebes Papierfabrik in Rosenthal zwischen die Papierwalzen. Er wurde schwer verletzt.

Der 16-jährige Arbeiter Müller aus Wesenort (Werra) kam in der Salzmühle der Gemischten Kalkroba in eine sogenannte Schnecke, wobei ihm ein Fuß abgerissen wurde.

In demselben Tage lösen wir im 'Vorwärts': Sieben Finger verloren hat gestern die 16 Jahre alte Fabrikarbeiterin Ella Jöbler aus Wilsberg, die in einem Betriebe an der Werraarbeit beschäftigt war.

In allen Fällen wurden Jugendliche sehr schwer verletzt. Die Unfälle hätten natürlich auch verhütet werden können, wenn ältere Arbeiter oder Arbeiterinnen an den betr. Posten beschäftigt gewesen wären.

Erfahrungen und Forderungen einer christlichen Gewerkschaft.

Die 'Baugewerkschaft', das Organ des christlichen Bauarbeiterverbandes, berichtet kürzlich in zwei Aufsätzen über die Erfahrungen, die der Verband in der Kriegszeit mit den rekrutierten und mit den aus dem Heeresdienst entlassenen Mitgliedern gemacht hat. Das Ergebnis war recht ungünstig. Die Verbandsleitung fürchtete für das Verhalten vieler aus dem Kriegsdienst Entlassenen, vor allem aber der zum Arbeitsdienst Kallamierten, Worte schärfer Enttäufung. Von diesen sagt sie unter anderem: 'Die Furcht, bei nicht ganz rückgratlosem Bergarbeiten eingesetzt zu werden, ist die Ursache ihres hundertprozentigen Benehmens. Natürlich sind sie der Meinung, daß ihre Verbandszugehörigkeit als Stein des Anstoßes in den Augen des Unternehmers gelten könnte. Weder über diese noch über alle andern, die sie jetzt Zeit für ein gemütliches Halten, um dem Verbands den Rücken zu kehren, wollen wir ein weiteres Wort verlieren. Die Zeit wird kommen, wo anders mit ihnen geredet wird.'

Es soll und darf kein Zweifel darüber bestehen, daß wir starke Arbeiterorganisationen nach Kriegsende notwendig haben. Wer die Entwicklung verfolgt und die Aufgaben sieht, die uns zu lösen gestellt sind, sieht mit mancherlei Sorge in die Zukunft. Die Arbeitgeberorganisationen sind durch den Krieg teilweise nur gering, und zwar im Handwerk, geschwächt, teilweise sind sie auf ihrem alten Stand geblieben oder haben sich noch verstärkt. Die Streikbrecherorganisationen der Arbeitgeber haben ihre Reserven erheblich vermehrt. Wirtschaftlich hat die Industrie, in erster Linie die, die mit Kriegslieferungen befaßt ist, sich sehr erholt. Gewiß gibt es Ausnahmen, wie z. B. die Textilindustrie. Aber die Großindustrie hat außerordentliche Gewinne eingesamlet. Diese aber stand bisher, und tut es heute noch, den Arbeiterorganisationen am ablehnendsten gegenüber. Zu der Kapitalwirtschaft so gestärkt aus dem Kriege hervorgehenden Großindustrie tritt die Landwirtschaft und der Handel, vorwiegend der Großhandel. Für dieses Dreigestirn war der Krieg finanziell ein Segen. Dazwischen befindet sich die große Masse der Arbeiter, Angestellten und Handwerker, die ärmer geworden, zum Teil ausgepowert sind. Die nun Extreme neigende Entwicklung birgt große soziale Gefahren und starken Konflikstoff in sich. Umgekehrt aber gehen die Arbeiterverbände nicht ungehindert aus dem Kriege hervor. Ihre Mitgliederzahlen sind gesunken, finanziell sind sie teilweise geschwächt oder wenigstens nicht stärker geworden. Das ist die Situation, wie sie jetzt schon vor uns steht. Führe man sich dann noch die großen gesellschaftlichen Aufgaben auf dem Steuer- und Wirtschaftsgebiete vor Augen. Ist da nicht mit aller Dringlichkeit und abfolgender Klarheit der Weg gekennzeichnet, den eine Arbeitergewerkschaft und auch jeder einzelne Arbeiter zu gehen hat?

Angehängt sei hier noch, daß der „Vorwärts“ die oben wiedergegebenen Zukunftsbetrachtungen des christlichen Verbandes mit folgendem Debattenschlußwort vertritt:

„Wann hätten die Gründer der christlichen Gewerkschaften, die bekanntlich mit ihren Gründungen ein Eingeweihtes gegen die freien Gewerkschaften schaffen wollten, je gedacht, solche Lehren in einem christlichen Gewerkschaftsorgan zu finden? Andererseits könnte man in die Veruchung geraten, die zunehmende Einseitigkeit christlicher Gewerkschaftsführer in das Wesen des Kapitalismus mit jener Harmonie und Hoffnungslosigkeit zu vergleichen, die in die Bureaucratie der freien Gewerkschaften ihren Eingang gehalten haben. Wenn wir vorläufig von diesem Vergleich Abstand nehmen, so nur deshalb, weil noch abzuwarten ist, ob die christlichen Gewerkschaften aus ihrer sozialen Einseitigkeit auch politisch die nötigen Konsequenzen zu ziehen bereit sind, und weil andererseits die Kurzlebigkeit jener Politik zu evident ist, die von den gegenwärtigen „Führern“ der freien Gewerkschaften mit jener unerschütterlichen Eifer betrieben wird.“

Der „Vorwärts“ läßt gut, in Anknüpfung über die Gewerkschaften etwas zurückhaltender zu sein. Es liegt uns sehr fern, zu behaupten, daß es auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung eine aus den Zeitverhältnissen nur scheinbar erklärende Hoffnungslosigkeit gibt oder gegeben hat, was daß auch einzelne Gewerkschaftsführer aus den Stimmungen der ersten Kriegszeit Folgerungen gezogen haben, die kritische Beurteilung als haltlos erkannt und bestritten haben und die zum größten Teil inzwischen schon durch die Entwicklung korrigiert sind. Es ist aber durchaus unerschütterlich, solche Ergebnisse zu verallgemeinern und der „Gewerkschaftsbureaucratie“ — darunter versteht der „Vorwärts“ ja wohl die Gesamtheit der in den Gewerkschaftsteilungen tätigen Personen — aufzubinden. Zunächst hat der jählich gewiß unbegründete, aber psychologisch unendlich erklärliche Optimismus in den freien Gewerkschaften viel weniger Boden gefunden als in der Sozialdemokratie, und die Gewerkschaftsführer haben und haben der Gegenwart wie der Zukunft sehr viel mehr kritisch abwägend gegenüber als die Führer der Partei. Der „Vorwärts“ läßt also gut, mit seiner Kritik auf dem Boden zu bleiben, den er kennt, und wo er auch mit hübschen Formeln und unzulässigen Verallgemeinerungen nicht mehr viel Unheil anrichten kann, weil schon „alles verurteilt“ ist.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Außerordentlicher Verbandstag des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Vom 11. bis zum 14. September tagte im Berliner Gewerkschaftshaus ein außerordentlicher Verbandstag des Schneiderverbandes; es nahmen 40 Delegierte sowie die Verbandsssekretäre und zwei Gäste aus Amsterdam und Wien an den Verhandlungen teil. Der Vorsitzende Stühmer betonte bei der Eröffnung, daß man die Abhaltung des Verbandstages (der eigentlich schon im August 1914 fällig war) immer in der Hoffnung, daß der Krieg bald zu Ende sei, verschoben habe, um zu verhindern, daß die Kollegen, die im Felde liegen, von der Mühseligkeit ausgeschlossen werden. Die Entscheidung zum Verzicht auf die Abhaltung eines Verbandstages gebührt.

Stühmer erläuterte den Geschäftsbericht, der die Geschäftsperioden vom 1. Juli 1912 bis zum 30. Juni 1916 umfaßt. Er jählierte die Arbeitslosigkeit, die bei Kriegsausbruch unter den Verbandsmitgliedern anwuchs, die den Verbandsstand und den Bestand bestimmter, besonders Kostendruckvermögen in weitem Umfange, als wie das Gesamtjahr vorwärts zu gewähren. Durch die Anträge der Herabsetzung wurde aber bereits im September 1914 die Arbeitslosigkeit gemindert. Von den Verhandlungen, zur Erreichung der Spitze nach der Arbeit war der Verband durchwegs nicht abwesend. Zeitgenössische Umfragen haben ergeben, daß mehr als 11000 Verbandsmitglieder unter den Bestimmungen der 40-Stunden-Notge setzten.

Der Kassier Heilmann betont, daß der Verband die 25 Kriegsmonate fast ausschließlich überstanden habe. Das ist mit dem geringsten Verlust, daß der Verband unter den Umständen keine Ausgaben für Beschäftigung hatte. Die Hauptaufgabe ist es, die Mitglieder des Verbandes 1916 ein Vermögen von 1.061.668,85 M. während des Krieges wurde unter den Ausgaben für die regelmäßigen Unterhaltungsleistungen des Verbandes an Gewerkschaften Kostenunterstützung die Summe von 179.823,26 M. gezahlt. Der Mitgliederbestand, bisher durchschnittlich 2000 im Jahre 1913 1914 1915 1916 betrug und 2011 betrug, 1916 betrug 2718, davon 17 im Felde notwendig zurückgegangen. Nach langer, mühsamer Debatte wurde dem Verband die Entscheidung erteilt.

Über die Reichsstarifverhandlungen berichtete Stühmer. Er jählierte den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen innerhalb der Reichsstarifkommission, die seit dem Jahre 1912, nur auf einige Zeit durch den Krieg unterbrochen, bis in die jüngste Zeit fortgesetzt besteht. Im Lande ist der Tarif am 1. Dezember übergeben, jedoch er lag die Reichsstarifkommission bis zum 1. September 1916. Die Verhandlungen sind im wesentlichen abgeschlossen. Die die Situation sehr gespannt haben, aber man ist der Hoffnung nicht mehr fern. Die Verhandlung habe einen guten Ausgang, der es notwendig notwendig macht, eine Tarifunterstützung, jedoch eine bestimmte Kompromisse zu fordern.

Die Debatte zeigte, daß unter den Delegierten zu sehr mit dem Ergebnis der Verhandlungen der Reichsstarifkommission zu sehr ist. Es wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß durch Reichsstarifverhandlungen die bisherigen Verhandlungen erschwert und bezweifelnde Folgen für Gewerkschaften verschleppert werden könnten. Nachdem 37 Delegierte dazu gesprochen, wurde eine Resolution angenommen, die die Verhandlungen für die Reichsstarifkommission unterstützen. Die Resolution entspricht den Wünschen und Erwartungen der Kollegen, ferner den Wünschen des Reichsstarifkommission, die mit dem Stand (der Reichsstarifkommission) abgeschlossen werden am 1. September dieses Jahres zu kündigen.

Über die Arbeitslosenversicherung in der Schneider-, Wäsche- und Wäschearbeitervereine sprach Haas (Kassier). Der Verbandstag erklärte in einer Entschließung, daß es eine unerlässliche Pflicht der Gewerkschaft ist, mit größter Beschleunigung dafür zu sorgen, daß die Einführung der Arbeitslosenversicherung nicht

den Grundzügen der Textilarbeiterfürsorge noch nicht erfolgt, diese in kürzester Zeit zur Einführung gelangt, daß ferner die Unterhaltungsfrage zu bemessen werden müssen, daß sie — ohne Rücksicht auf den früheren Durchschnittsverdienst — den gesetzlichen Lebensbedürfnissen entsprechen und, wo diese hierfür unzureichend sind, eine Erhöhung derselben erfolgt.

Ueber die Frauenarbeit in der Schneiderei, Konfektion und Wäscheindustrie sprach Joseph, Redakteur der Fachzeitung. Die Mitglieder des Referats sind in einer längeren Resolution festgelegt. Danach hat die gewerbliche Frauenarbeit im Schneidergewerbe, die bereits vor dem Kriege eine bedeutende Steigerung erfahren hatte, während der Kriegsdauer ständig an Ausdehnung und Umfang zugenommen, da große Kreise aus dem Bürgerium, gefördert durch den Nationalen Frauenenicht, sich der Schneiderei und der Wäscheindustrie widmeten. Die bürgerlichen Frauen haben mit dieser Förderung der Berufsarbeit einen schlechten Dienst erwiesen. Die Ausführungen des Referates lauten in der Mahnung aus, daß man die Arbeiterinnen für die Organisation gewinnen müsse, um die Gefahr der Lohnrückerei zu verhindern und für gleiche Arbeit auch gleichen Lohn zu erstreben.

Zum Punkt: „Stellungnahme zum Heimarbeiterschutz“ sprach Redakteur Sabath. Beschlossen wurde nachstehende Resolution:

„Der Verbandstag fordert von der Gesetzgebung die Schaffung eines Heimarbeiterschlusses auf breiterer Grundlage nach den Grundzügen, wie sie von den Heimarbeitertagen wiederholt aufgestellt worden sind. Ferner fordert der Verbandstag die Heimarbeiterversicherung, die Unfall-, Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Im Interesse der Hausgewerbetreibenden und im Interesse der Volksgesundheit fordert der Verbandstag die Aufhebung des Notgesetzes vom 4. August 1914, damit die reichsrechtliche Regelung der Krankenversicherungspflicht wieder eingeführt wird.“

Die Debatte über beide Referate wurde gemeinsam geführt. Sie bewegte sich im Sinne der Referenten und der Resolutionen.

Nach Beratung geschäftlicher Angelegenheiten waren die Arbeiten des außerordentlichen Verbandstages, da keine Statutenänderungen usw. vorgenommen werden sollten, erledigt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Breslau. Die in der Breslauer Spritzfabrik, A. G., beschäftigten Arbeiter beauftragten am 1. September die Zahlstellenleitung mit der Einreichung einer Lohnforderung von pro Woche 5 M. für jeden einzelnen. Am 7. September kam der Bescheid der Direktion, daß sie den Arbeitern die Lohnforderung von pro Woche 2,50 M. auf 6 M. erhöhen will. Die Arbeiter erklärten sich damit zufrieden. — Es ist also eine Forderung von 3,50 M. pro Woche für jeden einzelnen erreicht worden. In Betracht kommen 20 Personen, die mit wenigen Ausnahmen Mitglieder unseres Verbandes sind. Hoffentlich ziehen die paar Unorganisierten nun die Lehre daraus, daß sie sich ebenfalls dem Verband anschließen. Die Wochenlöhne betragen jetzt infolge der Lohnsteigerung 29 bis 36 M., während sie vor dem Kriege nur 22 bis 26 M. betragen. Allerdings entspricht die Steigerung noch lange nicht der Verteuerung der Lebenshaltung, aber ohne Organisation wäre sicher nicht diese Steigerung des Lohnes erzielt worden. Deshalb heißt es auch, fernerhin auf dem Posten und für den Verband tätig sein, damit wir uns das Erreichte auch für die Zukunft erhalten können.

Rundschau.

Die Abstimmung der eingezogenen Vätergehilfen.

In Nr. 37 des „Proletariats“ teilten wir mit, daß der Verband der Väter die Erlaubnis erhalten hat, unter den im Felde stehenden Berufsgenossen eine Abstimmung darüber vorzunehmen, ob sie für dauernde Befreiung der Nacharbeit sind, sowie dafür, daß schon jetzt gesetzliche Maßnahmen in diesem Sinne getroffen werden. Wie der Verband jetzt mitteilt, wurde das begehrt von dem Väterverband an die Kollegen im Felde gerichtete Schreiben überall mit großer Begeisterung angenommen. Bis zum 10. September waren schon 10.308 Stimmzettel ausgefüllt eingelaufen. Davon hatten sich 10.247 dafür erklärt, daß auch nach dem Kriege die Nacharbeit dauernd gesetzlich befreit bleibt, und 10.203 dafür, daß die gesetzliche Regelung schon jetzt vorgenommen wird. Das ergebnisreiche Ergebnis der Abstimmung heißt noch aus, es ist jedoch gar nicht zweifelhaft, daß die im Felde stehenden Vätergehilfen nahezu einmütig die Befreiung der Nacharbeit fordern. Hoffentlich findet die Forderung auch Beachtung bei der Regierung.

Professor Dr. Brentano und die Arbeiterbewegung.

Professor Dr. Brentano, der verdiente Gelehrte und aufrichtige Freund der Gewerkschaftsbewegung, ist von seinem Lehramt zurückgetreten. Aus diesem Anlaß hat der Münchner Gewerkschaftsverein — Brentano lebte in München — an den Scheidenden ein Schreiben gerichtet, in dem ihm der herzlichste Dank des Gewerkschaftsvereins für seine Vertretung der Rechte und Interessen der Arbeiterklasse ausgesprochen wurde. Brentano hat nun in einem Antwortschreiben mitgeteilt, daß er sich das Vorrecht vorbehalten habe, weiterhin Vorlesungen zu halten. Er wies darauf hin, daß ihm in seiner fast fünfzigjährigen wissenschaftlichen Tätigkeit nichts so sehr am Herzen gelegen habe, als daß der Arbeiterbewegung ihre berechtigten und vernünftigen Rechte zuteil würden. Mit ganz besonderer Freude erfüllte es ihn jetzt in seinem Alter, daß dieses sein Werk auch von denen gewürdigt werde, denen es gewidmet war. An diesem Werk solle sich auch in Zukunft nichts ändern.

Unfallverhütung und Gewerbehygiene im Fortbildungsschulunterricht.

In einer von der Ortsgruppe München des Bayerischen Fortbildungsschulvereins einberufenen Versammlung von Vertretern der Ärzte, Arbeitergelehrten und Arbeitervereine, Berufsvereine, Krankenkassen und Lehrer wurde eine Vereinigung zur Förderung des Unterrichts in Unfallverhütung und Gewerbehygiene gegründet. Die Vereinigung hat sich zur Aufgabe gestellt:

- a) das Interesse für den Unterricht in Unfallverhütung und Gewerbehygiene in den beruflichen Kreisen zu wecken und zu fördern;
- b) die Einführung des genannten Unterrichts in den Fortbildungsschulen zu erstreben;
- c) den in Frage stehenden Unterricht mit allen Kräften zu fördern.

Interessenten werden zum Beitritt eingeladen. Beiträge werden nicht erhoben. Geschäftsstelle der Vereinigung: Schulvorstand Niedl, Gewerkschaft, Reichenstraße in München.

Organisationszwang für englische Arbeiter.

Wie die „Bergarbeiter-Zeitung“ auf Grund eines von ihr auf keine Möglichkeit ausgehenden Berichtes mitteilen konnte, ist am 16. März d. J. von einer in London abgehaltenen Konferenz der internationalen Sozialdemokratischen Arbeitervereine unter Vorsitz des Regierungsdirektors George Asquith der Organisationszwang für die Bergarbeiter beschlossen worden. Der Wortlaut des Beschlusses, dem eine Delegation der Bergarbeiter und Bergarbeitervereine beigetreten, lautet:

„Die unorganisierten Bergleute sind aufzufordern, sich den anerkannten Gewerkschaften anzuschließen. Die Bergarbeitervereine willigen ein, daß dieser Beschluß durch öffentlichen Anschlag in den 700 sozialistischen Bergwerken bekannt gegeben wird. Wenn es die Arbeiter trotzdem ab, in die Gewerkschaften einzutreten oder ihre Mitgliedschaft fortzusetzen, so muß die Arbeitervereine berechtigt, den Verband des Bergarbeitervereins anzutreten, um diesen Beschluß durchzusetzen. Umfragen hierbei Schwierigkeiten, die sich auf gültigen Wege nicht lösen lassen, so muß je dem Hauptunterschiedsorgan zu unterbreiten.“

Bis vor dem Kriege hatten die englischen Bergarbeiter noch um die Anerkennung ihrer Organisationen zu kämpfen, jetzt wünschen die Bergarbeiter Organisationszwang, um während der Kriegszeit Strafen zu vermeiden und die Arbeitervereine zu stärken. Die Notwendigkeit der Organisationszwang ist also mindestens ebenso sehr der Sorge um die Interessen der Arbeiter wie der Arbeitervereine. Inzwischen wird die Stärkung der Organisationen letzten Endes den Arbeitern mehr

nähen. Denn die englischen Bergarbeiter erreichen durch den Organisationszwang zunächst den festen Zusammenschluß, durch welchen sie in die Lage kommen, auf die Verbesserung ihrer Verhältnisse planmäßig und mächtiger als sonst hinzuwirken, und ferner wird dadurch verhindert, daß Mitarbeiter von den durch die Organisation erlangten Vorteilen genießen, ohne dafür auch nur das mindeste Opfer zu bringen.

Eingegangene Schriften.

Hugo Bindemann, Ueber Begriff und Bedeutung der Kommunalwissenschaft. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis 2 M., Vereinsausgabe 75 Pf. Das Buch enthält die Antrittsvorlesung, die Hugo Bindemann an der Technischen Hochschule zu Stuttgart gehalten hat und die in kurzen Zügen den Begriff und die Bedeutung der Kommunalwissenschaft erläutert. Noch wichtiger für den praktischen Kommunalpolitiker ist der zweite Teil des Buches, eine Uebersicht über die kommunalpolitische Literatur, wie sie in gleicher Vollständigkeit bisher nicht existiert.

Bilanz der Abrechnung vom 1. Quartal 1916.

Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse.

Gesamt-Einnahme.

An Kassenbestand vom vorigen Quartal	8 523 877,93 Mark
An Eintrittsgeld	1 302,—
An Beiträgen à 55 Pf.	82 474,00
An Beiträgen à 45 Pf.	255 160,85
An Beiträgen à 25 Pf.	56 950,—
An Beiträgen à 10 Pf. (§ 13 Abs. 6)	1 007,70
An Beiträgen à 10 und 5 Pf.	2 583,10
An Beiträgen von Einzelmitgliedern	93,85
Durch Arbeitslosen- und Streikmarken gingen ein	42,80
An Erwerbslosen-Unterstützung zurückgezahlt	69,20
An Postage-Unterstützung zurückgezahlt	24,—
An Einzelnummern des „Proletariats“	427,13
Für Korrespondenzblätter	63,—
Für Bücher un- Drochbüchern	45,60
Für Protokolle	26,45
Für Kalender	21,50
Für Hilfsklassifizierkarten	14,95
Für Kartothekskarten	4,30
Für Agitationsmappen	1,—
Für Schreibmaterialien	20,95
Von den Zahlstellen zurückgezahlt	6 638,57
Von den Zahlstellen zumiel eingelaufen	393,59
Sonstige Einnahmen	4 515,65
Summa	3 941 750,22 Mark

Gesamt-Ausgabe.

An Erwerbslosen-Unterstützung:	
a) an Kranke	169 987,10 Mark
b) an Arbeitslose	37 743,45
c) an Reisende	825,05
An Postage-Unterstützung	18 165,12
An Gehaltsregelungen-Unterstützung	239,—
An Streik-Unterstützung	11,65
An Sterbegeld	29 638,65
An Umzugsgeld	2 324,—
An Reichslohn	26,—
An Zuschuß für die Unterstufungskasse	3 808,40
An Versicherungsbeiträgen	2 535,53
An Anteil der Sozialkasse	69 692,07
An Gehältern	11 524,24
An Entschädigung für Revisoren	109,70
An Telefongebühren	62,50
An Mantelgeld	25,—
Für Agitation	12 094,40
Für Konferenzen	1 058,90
Für Verlag des „Proletariats“, Nr. 1—13	3 245,48
Für Druck des „Proletariats“, Nr. 1—13	7 406,—
Für Drucklagen	895,50
Für Marken und Stempel	1 226,50
Für Buchbinderarbeiten	633,55
Für Schreibmaterialien	50,90
Für Padmaterialien	29,65
Für Zeitungen und Redaktion	346,39
Für Ergänzung der Verbandsbibliothek	271,75
Für Bureau-Miete, Licht und Reinigung	1 509,80
Zufußus an die Zahlstellen	5 848,77
Zubiel eingelaufenes Geld zurückgezahlt	12 838,87
Nicht eingegangene Gelder	296,50
Porto und Befestigung	544,39
Sonstige Ausgaben	43,37
Summa	395 048,18 Mark

Bilanz.

Gesamt-Einnahme	3 941 750,22 Mark
Gesamt-Ausgabe	395 048,18
Kassenbestand am 31. März 1916	3 546 702,04 Mark

Hannover, den 31. August 1916.

Aug. Brey, 1. Vorsitzender. Fritz Bruns, Kassierer. Fern. Hasler, Rich. Süßdorf, I. Hemmel, Revisoren.

Verbandsnachrichten.

Vom 12. September 1916 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Geschnacht 500,—, Neuhaldensleben 150,—, S. 8,10 M. G. 5,—, Ludwigshafen 1000,—, Lübeck 800,—, Jena 150,—, Elbing 200,—, Sonneberg (S.-M.) 550,—, Riefa 400,—, D. S. 5,—.

Schluß: Montag, den 18. September, mittags 12 Uhr.

F. Bruns, Kassierer.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Sau Eutin. Wiesenhütter eingezogen. Vertreter Karl Willnow, Große Oberstraße 18—20.

Hamburg. Hegemann eingezogen. F. Hoff, Weisenbinderhof 57, Zimmer 18.

Jauer. Gustav Rieger, Konsumverein.

Königsbrunn. Wilhelm Gähder, Wallstraße 3.

Lauterbach. Friedrich Günther, Säger.

Leer. Jan Rößkamp, Alleestraße 41.

Osterviel. Ernst Friedhoff, Gartenstraße 26.

Quedlinburg. Friedrich Franke, Breite Straße 16.

An die Bevollmächtigten!

Beigelegt sind dieser Zeitung Abrechnungsformulare, Statistikkarten, Abrechnungen und Jahrbücher. Von den letzteren können die Zahlstellen noch mehr bekommen, und wir bitten um Bestätigung.

Mehrere geübte Papier-Gortierinnen

für Ehren- und bessere Paapapiere gegen hohen Lohn gesucht.

Meldungen sind zu richten an das Bureau des Fabrikarbeiterverbandes in Düsseldorf, Wallstraße 10, 3. Et.